



SCHWABEN 2030

**SCHWABENS
STARKE
SEITEN!**

**Beschlossen auf dem Bezirksparteitag am 15.7. in Memmingen
Fortschreibung des Programms**

Gliederung

Schwaben: Eine dynamische Region mit vielen Möglichkeiten	3
1. Im Mittelpunkt: Der Mensch	4
1.1. Kinder und Jugendliche	4
1.2. Seniorinnen und Senioren	6
1.3. Menschen mit Behinderung	6
1.4. Frauen	7
1.5. Migrantinnen und Migranten	9
1.6. Geflüchtete und Asylbewerber:innen	9
2. Leben in Schwaben – sozial, gerecht und sicher	10
2.1. Bezahlbares Wohnen	10
2.2. Sichere und bezahlbare Energieversorgung	10
2.3. Flächendeckende Gesundheitsversorgung	11
2.4. Versorgung im ländlichen Raum	12
2.5. Sicherheit	12
2.6. Breitbandausbau	13
2.7. Sport	14
2.8. Kulturelle Identität Schwabens – in Vielfalt geeint	15
2.9. Ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement	15
3. Bildungsstandort Schwaben	16
3.1. Unsere Schulen unterstützen	16
3.2. Berufliche Schulen	17
3.3. Studium in Schwaben	17
3.4. Inklusive Beschulung	18

3.5.	Außerschulische Jugendbildungsarbeit.....	19
3.6.	Lebensbegleitendes Lernen	19
4.	„Gute Arbeit“ überall – ob im ländlichen Raum oder in den Ballungszentren.....	21
4.1.	Mehr Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen für Schwaben	21
4.2.	Arbeit 4.0 – Arbeit weiter denken	22
4.3.	Tourismuspolitik	23
4.4.	Faire Arbeitsbedingungen	24
4.5.	Handwerk, Mittelstand und kleine Unternehmen	24
4.6.	Land- und Forstwirtschaft.....	25
4.7.	Metropolregion München.....	26
5.	Energie und Umweltschutz in Schwaben.....	27
5.1.	Energiewende im Allgemeinen.....	27
5.2.	Energiewende im Verkehr	28
5.3.	Aktiver Schutz von Umwelt und Natur	28
6.	Ein leistungsfähiges Verkehrsnetz für Schwaben	29
6.1.	Gesicherte Mobilität.....	29
6.2.	Klimaneutrale Mobilität	30
6.3.	Sicherung und Ausbau des Verkehrsnetzes	31
7.	Handlungsfähige Kommunen in Schwaben	33
7.1.	Kommunalfinanzen.....	33
7.2.	Kommunale Daseinsvorsorge	34
7.3.	Städtebauförderung.....	34
7.4.	Europäische Fördertöpfe.....	35
8.	Schwaben in Bayern, Deutschland und Europa	36

Schwaben: Eine dynamische Region mit vielen Möglichkeiten

Die letzten Jahre waren geprägt von einigen Krisen. Auf die Pandemie folgte der Angriff Putins auf die Ukraine, der den Krieg zurück nach Europa brachte. Damit einher gingen Inflation und Energiekrise. Auf Bundesebene haben wir uns mit Olaf Scholz als Kanzler der Verantwortung gestellt und sind die Herausforderungen sachlich und besonnen, aber mit vollem Einsatz angegangen. Dies wirkt sich auch auf unsere Heimat aus. Auch die Bürgerinnen und Bürger in Schwaben profitieren von den Entlastungen sowie der fortschrittlichen Politik der Ampel-Koalition insgesamt. Aber es gibt noch viel zu tun – auch in unserem Regierungsbezirk,

Gerade die Familien mit Kindern waren die großen Leidtragenden der Corona-Pandemie. Vieles muss hier bei den Kindern aufgeholt und nachgeholt werden, und das können wir nicht alles den Eltern aufbürden. Ganz im Gegenteil braucht es mehr Freiraum vor allem für die Mütter, sich beruflich zu engagieren und weiterzuentwickeln – ganz abgesehen vom notwendigen Einkommen und abgesehen davon, dass wir Frauen auf dem Arbeitsmarkt dringend brauchen. Denn der Fachkräftemangel ist ein Thema, das uns in den nächsten Jahren stark beschäftigen wird. Wir müssen verstärkt auf Qualifizierung und Weiterbildung setzen, damit auch ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Und wir müssen das Thema Fachkräfte aus dem Ausland sachlich angehen und sinnvolle Grundlagen schaffen.

Die wirtschaftliche Entwicklung zwischen den drei Planungsregionen Augsburg, Allgäu und Donau-Iller und auch innerhalb dieser Planungsregionen selbst, verläuft höchst unterschiedlich. Im Ergebnis driften die Lebensverhältnisse deshalb auseinander. Auch die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander, regionale und soziale Herkunft sowie die Größe des Geldbeutels der Eltern spielen eine nach wie vor viel zu große Rolle. In unserer Gesellschaft ist einiges aus dem Gleichgewicht geraten.

Die SPD ist eben eine Zukunftspartei. Wir wollen, dass junge Menschen sich für unser Land und unsere Demokratie einsetzen und Verantwortung übernehmen, dass sie ihre Zukunft selbst gestalten. Darum setzen wir uns für die Zukunftschancen jedes Einzelnen ein. Ob frühkindliche Betreuung, Bildung und Fortbildung, Wohnraum, Integration und Inklusion, Verkehr, bezahlbare, sichere Energieversorgung oder mehr Arbeitsplätze im Bereich von Forschung und Entwicklung, es gilt ein ganzes Bündel von Maßnahmen energisch in Angriff zu nehmen.

Dieser Leitantrag zur Jahreshauptversammlung der SchwabenSPD am 15. Juli 2023 greift unsere bisherigen Positionen und politischen Lösungsvorschläge der vergangenen Jahre auf, entwickelt sie weiter und macht konkrete Vorschläge zur Reaktion auf neue Entwicklungen und Probleme.

Dass für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten dabei immer das Leitmotiv der sozialen Gerechtigkeit im Mittelpunkt steht, versteht sich von selbst.

1. Im Mittelpunkt: Der Mensch

1.1. Kinder und Jugendliche

Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft. Getreu dem sozialdemokratischen Grundsatz „Kein Kind zurücklassen“ ist es unser Ziel, allen Kindern in Schwaben – unabhängig von Geschlecht, Herkunft oder den finanziellen Möglichkeiten der Eltern – eine unbeschwertere Kindheit und beste Zukunftschancen zu ermöglichen.

In Deutschland ist jedoch mehr als jedes fünfte Kind von Armut bedroht. Zu diesem Ergebnis kommt eine Analyse der Bertelsmann-Stiftung. Unser Augenmerk als SPD richtet sich vor allem auf diejenigen in unserer Gesellschaft, die unseren Schutz am meisten benötigen. Daher sorgen wir auf allen Ebenen dafür, Kinder und Familien finanziell zu unterstützen. Ein wichtiger Baustein ist die Kindergrundsicherung. Auch mit einer Ausbildungsgarantie und Hilfen für benachteiligte Schüler:innen will die SPD Kinder und Jugendliche unterstützen.

Entscheidend ist auch gute Bildung von Anfang an. Die beginnt nicht erst in der Schule. Wir müssen noch mehr in frühkindliche Bildung investieren. Der Zugang zu früher Bildung muss für alle möglich sein. Das bayerische Familiengeld lehnen wir ab. Dieses Geld, werden wir in der Region sinnvoller, ganz konkret für die Verbesserung bei der Kinderbetreuung und hier vorrangig für Krippen einsetzen. Mit zu einer ordentlichen Kinderbetreuung gehört das Angebot einer durchgängigen Sprachförderung auch unter Einsatz von Logopäden.

Die Interessen von Kindern und Jugendlichen spielen in der Politik nach wie vor eine untergeordnete Rolle. Durch eine Änderung der Gemeindeordnung werden wir die Kommunen dazu verpflichten Beteiligungsmöglichkeiten für junge Menschen zu schaffen. Hierfür soll der Bezirksjugendring Schwaben so ausgestattet werden, dass er die Akteure der Jugendarbeit vor Ort und die Kommunen dabei unterstützen kann, Jugendbeteiligungsformate durchzuführen. Die Jugendämter sind durch den Freistaat personell und finanziell besser auszustatten. Wir stehen für das Wahlalter 16.

Kinder und insbesondere Jugendliche haben besonders unter der Corona-Pandemie und deren Folgen gelitten. Schulische Bildung war nur eingeschränkt möglich, außerschulische noch weniger. Angebote der offenen Jugendarbeit konnten kaum wahrgenommen werden. Der öffentliche Raum als Ort zum Ausleben der Jugend, zur Selbstfindung und zum Aufbau von festen Bindungen in Peer-Groups war Jugendlichen verschlossen. Fast drei Jahre fehlen dieser Generation, um wichtige Entwicklungsaufgaben zu bewältigen. Das zeigt sich jetzt besonders in der steigenden Zahl an Kindern und Jugendlichen mit Depressionen und anderen psychischen Einschränkungen. Der Bezirk Schwaben muss hier Abhilfe schaffen und seine Angebote in Bezirkskrankenhäusern und im psychosozialen Notdienst massiv ausbauen, insbesondere im Bereich Kinder und Jugend. Daneben muss auch die offene Jugendarbeit und die Jugendverbandsarbeit gestärkt werden. Hier erhalten Jugendliche den Raum, der ihnen während der Pandemie gefehlt hat. Jugendhilfe und Schulsozialarbeit müssen stärker miteinander verknüpft werden, wir brauchen verbindliche Kooperationsverträge.

Um all diese Angebote ermöglichen zu können, brauchen wir ausreichend Fachkräfte, auch in der Kinder- und Jugendhilfe. Dazu müssen wir gegen den Fachkräftemangel angehen, Arbeitsplätze attraktiv gestalten, mehr Studienplätze für Soziale Arbeit schaffen und mehr Menschen den Zugang zur Erwerbsarbeit ermöglichen.

Familie ist da, wo Menschen unterschiedlicher Generationen Verantwortung füreinander übernehmen, sich gegenseitig unterstützen und miteinander leben. In diesem Sinne wird auch Familienleben in Schwaben vielfältiger und unsere Familienpolitik unterstützt und berücksichtigt dies. Viele Eltern und Paare wünschen sich eine partnerschaftliche Aufteilung der Erwerbs- und Familienarbeit. Hierzu brauchen sie mehr Zeitsouveränität.

- Wir brauchen flächendeckende und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung – auch in Randzeiten.
- Wir unterstützen Unternehmensprogramme wie *Erfolgsfaktor Familie*, um Ideen und positive Beispiele für familienfreundliche Strukturen in der schwäbischen Arbeitswelt bekanntzumachen und weiterzuverbreiten. Denn eine gute Betreuungsinfrastruktur wird immer mehr zum Standortfaktor für Kommunen und Unternehmen.
- Wir machen uns für flexible Arbeitszeitmodelle stark, sodass Familien ihr Privatleben besser mit der Arbeit verknüpfen können.
- Wir kämpfen für eine faire Verteilung bezahlter und unbezahlter Sorgearbeit und wollen Familien, insbesondere Frauen, bei der Organisation des Familienalltags unterstützen, damit mehr Frauen vollzeitberufstätig sein und ihre Karriereziele erreichen können.
- Wir unterstützen das Konzept von Familien- und Pflegestützpunkten. Deren Ausbau wurde in Schwaben genauso wie in ganz Bayern bislang sträflich vernachlässigt. Dabei sind viele Familien heute zugleich in Erziehungs- wie auch in Pflegearbeit eingebunden und brauchen zentrale Anlauf- und Beratungsstellen.
- Diese Stützpunkte kann man an die gut vernetzten Mehrgenerationenhäuser in Schwaben anbinden. Deren bewährtes Konzept werden wir weiter ausbauen und mit Angeboten sozialer Beratung ergänzen.

Neben der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Betreuung und Beratung spielen auch Freizeitmöglichkeiten, die Anbindung an einen gut ausgebauten Personennahverkehr und Unterstützungsmöglichkeiten außerhalb von Einrichtungen oder auf Basis von bürgerschaftlichem Engagement eine wichtige Rolle für die Lebensqualität von Familien vor Ort.

- Wir unterstützen daher innovative Ideen wie regionale Wettbewerbe zur familienfreundlichen Kommune.
- Wir werden die bereits bestehenden erfolgreichen *Lokalen Bündnisse* für Familie weiterentwickeln und schwabenweit ausbauen.

1.2. Seniorinnen und Senioren

Jeder fünfte Einwohner Schwabens ist inzwischen älter als 65 Jahre. Senioren bleiben länger gesund und wollen so lange wie möglich selbstbestimmt leben. Nie war die Generation der Silver Ager so aktiv, engagiert und leistungsfähig wie heute. Der Wunsch, sich einzubringen, Wissen weiterzugeben, aber auch Neues zu erfahren, ist stark ausgeprägt. Über Freiwilligenagenturen und Seniorenbüros unterstützen wir dieses Engagement. Ältere sind heute so mobil wie nie. Darum unterstützen wir eine stärkere Ausrichtung des Tourismus auf seniorenrechtliche Angebote, vor allem in Bezug auf Barrierefreiheit.

Ältere Menschen wollen meist so lange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung leben.

- Wir werben deshalb für das Bundesprogramm *Altersgerecht Umbauen*. Ergänzend sind auf Landesebene verstärkt eigene Fördermittel zur Verfügung zu stellen und die Tätigkeit der Koordinierungsstelle Wohnen im Alter auszuweiten.
- Wir schlagen die Bildung Lokaler Bündnisse für Wohnen in den Kommunen vor und wollen einen regelmäßigen Austausch fördern.
- Die Mittel für den sozialen Wohnungsbau sind deutlich zu erhöhen. Dies betrifft besonders die Schaffung von mehr barrierefreiem Wohnraum.

Wird Pflege nötig, brauchen wir dafür gute Strukturen und genügend gut bezahltes Personal. Wir fördern eine durchdachte und am Menschen ausgerichtete Quartierspolitik, die auf den Grundsatz ambulant vor stationär setzt. Pflegestützpunkte und Generationentreffs unter dem Dach von Mehrgenerationenhäusern können wichtige Funktionen erfüllen. Ambulante Wohnprojekte für pflegebedürftige Menschen sind zu fördern.

Die meisten Pflegebedürftigen werden zuhause von ihren Angehörigen gepflegt. Wir brauchen zu ihrer Entlastung eine stärkere finanzielle Unterstützung und die Sicherung von ausreichend verfügbaren Kurzzeitpflegeplätzen. Dies gilt insbesondere für Kurzzeitpflegeangebote für Menschen mit Behinderung – das Projekt des Bezirks Schwaben darf keine einmalige Ausnahme bleiben.

1.3. Menschen mit Behinderung

Gut ein Zehntel der Menschen in Schwaben haben eine Behinderung. Grundsätzlich sollte niemand von sozialer Teilhabe ausgeschlossen sein. Wir wollen Inklusion leben!

Für unsere Kinder und Jugendlichen brauchen wir in Schwaben deshalb mehr als die bisherigen knapp 200 integrativen Kindertageseinrichtungen. Im Schulbereich sind die inklusive Beschulung auszubauen und das Recht auf Nachmittagsbetreuung umzusetzen.

Barrierefreiheit hilft nicht bloß Menschen mit Behinderung, sondern auch Seniorinnen und Senioren, Menschen mit Verletzung oder auch Eltern mit Kinderwagen. Bayern barrierefrei 2023, das der frühere Ministerpräsident Seehofer versprochen hatte, hat

sein Ziel verfehlt; weder ist ein Großteil der staatlichen Gebäude barrierefrei noch die überwiegende Zahl der Haltestellen und Bahnhöfe. Vom Freistaat ist daher ein Sonderinvestitionsprogramm Barrierefreiheit aufzulegen, denn wir brauchen:

- barrierefreie Bahnhöfe und Haltestellen
- lesbare Fahrpläne, verständliche Fahrkartensysteme und die Möglichkeit, das Ticket beim Fahrer zu kaufen
- behindertengerechte Toiletten
- barrierefreie Verwaltungsgebäude
- eine Verwaltung, die Formulare und Bescheide barrierefrei auch für Seh- oder Hörbehinderte und in leichter Sprache für Menschen mit Lernschwierigkeiten zur Verfügung stellt
- mehr barrierefreien Wohnraum zu bezahlbaren Preisen
- für Rollstuhlfahrer zugängliche Gaststätten und Veranstaltungsräume.
- Leitsysteme für Blinde im öffentlichen Raum
- günstige Verfügbarkeit von Gebärdensprachdolmetschern

In Schwaben herrscht in einigen Gebieten beinahe Vollbeschäftigung – aber nicht für Arbeitnehmer mit einer Behinderung.

- Die Chancen einer Beschäftigung von Menschen mit Behinderung, insbesondere die Unterstützung durch den Staat, müssen den Arbeitgebern verdeutlicht werden.
- Die Werkstätten für Menschen mit Behinderung haben nicht nur die Aufgabe, Menschen mit Behinderungen zu beschäftigen, sondern geeignete Mitarbeiter auf den Übergang auf den ersten Arbeitsmarkt vorzubereiten. Ein Übergang muss – auch außerhalb des Budgets für Arbeit – durch eine Rückkehrgarantie abgesichert werden.
- Inklusionsbetriebe müssen besser gefördert werden.
- Zuverdienstprojekte für Menschen mit einer psychischen Erkrankung werden wir absichern.

1.4. Frauen

Auch in Schwaben gilt leider: Frauen verdienen immer noch weniger als Männer, aktuell 18 Prozent. Zudem sind Frauen nach wie vor selten in Führungspositionen beschäftigt. Viele Frauen bleiben zu Hause bei den Kindern oder kümmern sich um pflegebedürftige Angehörige – vielfach auch beides.

Ansatzpunkte, um dies zu ändern, sind:

- mehr Lohngerechtigkeit und Lohntransparenz
- bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch einen Ausbau der Betreuung für noch nicht schulpflichtige Kinder
- Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in Schulen für Kinder von der Grundschule bis mindestens zur 10. Klasse
- familienfreundliche Arbeitszeiten und Möglichkeiten der Fortbildung für Teilzeit-Beschäftigte

- bessere Karrierechancen und eine Quote für Frauen in Führungspositionen von mindestens 50 Prozent im öffentlichen Dienst und der privaten Wirtschaft. Hier kann gerade die kommunale Verwaltung vor Ort Vorbildfunktion übernehmen
- moderne und familiengerechte Konzepte wie Führen in Teilzeit – nicht auf die Quantität der Arbeitszeit kommt es an, sondern auf die Qualität!

Durch fehlende Rentenbeiträge ist das Risiko für Frauen, im Alter arm zu sein oder zu werden, besonders hoch. Um Frauen besser vor Armut im Alter zu schützen, brauchen wir:

- bessere Integration in den Arbeitsmarkt, denn Erwerbstätigkeit ist der beste Schutz vor Armut im Alter
- gute Beratung vor Ort, beispielsweise in Mehrgenerationenhäusern und Familienstützpunkten, um Frauen aller Altersklassen über langfristige Folgen bei Auszeiten von der Erwerbstätigkeit hinzuweisen und über alternative Handlungs- oder Unterstützungsmöglichkeiten zu informieren

Frauen haben ein Recht auf ein Leben ohne Gewalt. Studien zeigen, dass jede vierte Frau im Alter von 16 bis 85 Jahren bereits einmal von ihrem Lebensgefährten oder Ex-Lebensgefährten misshandelt wurde. Die SchwabenSPD fordert ein sicheres und gewaltfreies Leben für alle Frauen. Dazu brauchen wir:

- konsequente Förderung der Unterstützungsstrukturen und einen flächendeckenden Ausbau von Beratungsmöglichkeiten. Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen sollen nicht in regelmäßigen Abständen um die Finanzierung ihrer Arbeit zittern müssen
- höhere Bekanntheit bundesweiter Hilfestellungen wie dem Hilfetelefon Gewalt gegen Frauen
- Parité: Frauen müssen an demokratischen Prozessen besser beteiligt werden. In vielen Gemeinde- bzw. Stadträten, im Kreis- oder Bezirkstag, aber auch im Bayerischen Landtag sind Frauen in der Minderheit. Wir setzen uns dafür ein, dass sich das ändert. Wir wollen Frauen fördern und setzen uns dafür ein, dass Wahllisten quotiert aufgestellt werden. Zudem müssen die Bedingungen in gewählten Gremien für Frauen und Männer besser werden z.B. Vereinbarkeit von Familie-Beruf-Ehrenamt.

Nicht zuletzt brauchen Frauen eine Gesundheitsversorgung, die auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten ist. Mit der Abschaffung des „Werbeverbots“ für Schwangerschaftsabbrüche haben wir auf Bundesebene bereits einen großen Erfolg errungen. Daran müssen wir jetzt ansetzen und für flächendeckende Anlaufstellen und medizinische Angebote sorgen. Wir müssen Tabus abbauen. Viele Entwicklungen und Untersuchungen bis hin zu der Dosierung von Medikamenten sind bis heute auf den männlichen Körper abgestimmt. Deshalb sind Frauen medizinisch benachteiligt. Das muss sich auf allen Ebenen ändern.

1.5. Migrantinnen und Migranten

Auch Schwaben ist durch den Zuzug von Migrantinnen und Migranten vielfältiger und bunter geworden. Den Herausforderungen der Integration haben sich sowohl die Bürgerinnen und Bürger als auch die Städte und Gemeinden engagiert und meist erfolgreich gestellt. Voraussetzung für gelungene Integration sind zusätzliche Investitionen für den sozialen Wohnungsbau, für Bildung und Ausbildung sowie für Kinderbetreuung.

Integrationskurse, das Programm *Soziale Stadt*, welches auf Initiative der SPD finanziell aufgestockt wurde, und Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit haben dazu beigetragen, soziale Konflikte zu vermeiden und so das Zusammenleben positiv beeinflusst. Die Integration in Gesellschaft und Arbeit bleibt dennoch eine wichtige Aufgabe und gewinnt vor dem Hintergrund zusätzlicher Geflüchteter nochmals an Bedeutung. Wir müssen auch in Schwaben die Chancen nutzen, welche die Zuwanderung im Hinblick auf die demographische Entwicklung und den Arbeitsmarkt bietet. Es kommt dabei nicht auf kurzfristige Erfolge an, vielmehr sind Probleme wie Fachkräftemangel und fehlende Bewerberinnen und Bewerber auf Lehrstellen durch Zuwanderung mittelfristig zu lösen.

Um Migration künftig besser steuern zu können, hat die SPD geführte Bundesregierung eine durchgreifende Reform mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz beschlossen.

1.6. Geflüchtete und Asylbewerber:innen

Schwaben leistet einen solidarischen Beitrag zur Aufnahme, Unterbringung und Integration von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern und Geflüchteten. Ohne das vorbildliche Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung auf allen Ebenen (Städte und Gemeinden, Landkreise, Bezirksregierung und Regierung von Schwaben) und der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, wäre die aktuelle Situation nicht zu bewältigen. All diesen Menschen gilt unser ausdrücklicher Dank!

Die ehrenamtlich Tätigen dürfen aber nicht als Ersatz für zu wenige hauptamtliche Kräfte der Landratsämter, kreisfreien Städte, des Staats, aber auch bei den Sozialverbänden missbraucht werden. Bund und Freistaat sind gefordert:

- Die staatlich geförderte Asylsozialberatung der Verbände (insbesondere Arbeiterwohlfahrt, Caritas und Diakonie) ist auszuweiten.
- Die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern sind durch eine professionelle Ehrenamtskoordination und -beratung zu unterstützen.
- Es reicht nicht aus, dass der Freistaat Bayern den Kommunen die Kosten für die Anmietung dezentraler Flüchtlingsunterkünfte erstattet. Vielmehr müssen auch die anwachsenden Kosten für kommunales Personal ausgeglichen werden.
- der volle Kostenausgleich muss auch für die Betreuung der unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten gelten. Dem Bezirk Schwaben und den Jugendämtern dürfen keine zusätzlichen Ausgaben aufgebürdet werden

Deshalb muss der Freistaat Bayern die Gelder, die der Bund bereitstellt, zügig an die Kommunen weitergeben. Der Freistaat muss die Zusagen, die er gemacht hat, einhalten und umsetzen.

2. Leben in Schwaben – sozial, gerecht und sicher

2.1. Bezahlbares Wohnen

Auch in Schwaben wird bezahlbarer Wohnraum zunehmend knapp, weil zu wenige neue Mietwohnungen gebaut werden und immer häufiger die Sozialbindung ausläuft. Stark steigende Preise bei Neu- und Wiedervermietung sind die Folge. Gerade in und am Rande von Ballungsräumen und in Fremdenverkehrsgebieten erhöht Zuzug den Druck auf den Wohnungsmarkt zusätzlich. Dies führt zu höherer Wohnkostenbelastung – vor allem der unteren Einkommensgruppen. Die seit 1. Juni 2015 geltende und zuletzt 2020 weiter verschärfte Mietpreisbremse kann den Mietpreisanstieg dämpfen, aber nicht ganz verhindern.

Grundvoraussetzung für eine Entspannung der Situation ist die massive Ausweitung des Wohnungsbaus im niedrigeren Preissegment. Der Bau solcher Wohnungen muss angekurbelt werden. Hierzu bedarf es:

- der Verstetigung und Erhöhung der Kompensationszahlungen des Bundes für die soziale Wohnraumförderung der Länder
- der Fortsetzung, Fortentwicklung und besseren finanziellen Ausstattung der Städtebauförderung
- eines massiven Sonderprogramms Wohnungsbau des Freistaats, mit regional zugewiesenen Beträgen
- verstärkter Anstrengungen in den Kommunen bei der Baulandbewirtschaftung, der Nachverdichtung und dem kommunalen/regionalen Mietwohnungsbau
- die Stärkung des gemeinnützigen Wohnungsbaus, damit weniger Wohnungen aus der Sozialbindung herausfallen

Wohnen ist Grundrecht!

2.2. Sichere und bezahlbare Energieversorgung

Es ist integraler Bestandteil unserer sozialdemokratischen Politik, dass der Strompreis bezahlbar sein muss. Dabei ist allerdings der Preis je Kilowattstunde Strom nur ein Aspekt. Staatliche Förderprogramme als Anreiz zur Senkung des Energieverbrauchs in privaten Haushalten – egal ob Strom, Wärme oder Mobilität – sind ein wichtiger Beitrag zur Sicherung einer bezahlbaren Energieversorgung. Ein sinkender Verbrauch kann dabei helfen, dass Energie für alle Einkommensgruppen bezahlbar bleibt.

Eine sichere und günstige Energieversorgung erfordert einen Umbau der Energieerzeugung und den Ausbau der Netzinfrastruktur. Die Einrichtung von Bürger-Fonds ermöglicht dabei die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Bestehende Beteiligungsmodelle wie Energiegenossenschaften und Bürgerwindparks sind auszubauen und auch auf Stromnetze auszuweiten. Nur durch eine direkte Beteiligung

der Menschen an der Energiewende, lässt sich diese sicherstellen. Auch die Ausgabe kommunaler Anleihen ist ein Modell, um die erforderliche Energieinfrastruktur in kommunaler Hand zu halten. Die von Nürnberg und Würzburg eingeführte Franken-Anleihe kann als Vorlage dienen, um auch in Schwaben kommunale Investitionen in die Infrastruktur zu ermöglichen.

2.3. Flächendeckende Gesundheitsversorgung

Gesundheitsversorgung ist Daseinsvorsorge. Ob ambulant oder stationär, ob Grundversorgung oder Spezialangebote: Die Menschen in Bayerisch-Schwaben haben Anspruch auf eine qualitativ hochwertige und quantitativ gute Versorgung. Deshalb setzen wir uns ein für eine gute Zusammenarbeit zwischen niedergelassenen Ärzten und Kliniken.

Insbesondere die Notfallversorgung darf nicht nach Kassenlage, sondern muss nach den Grundsätzen der Versorgungssicherheit flächendeckend sichergestellt werden. Positive Beispiele sind die KVB-Bereitschaftspraxen. Sie sind ein wichtiger Anfang, einheitliche Anlaufstellen für Patienten in den Nachtstunden und den Wochenenden anzubieten. Dieses Angebot muss verstärkt werden – auch um der Überlastung von Notaufnahmen entgegenzuwirken.

Wir fordern eine gute notärztliche und rettungsdienstliche Abdeckung in allen drei schwäbischen Rettungsdienstbereichen mit guten Arbeitsbedingungen für Notärztinnen und Notärzte sowie Rettungsdienstpersonal. Dabei setzen wir uns für eine zukunftsgerichtete Bedarfsplanung im Rettungsdienst ein. Daneben unterstützen wir das Modell des Tele-Notarztes.

Wir streben für ganz Schwaben eine flächendeckende Gesundheitsplanung an. Dem Universitätsklinikum Augsburg kommt als Maximalversorger eine Schlüsselfunktion zu. Der Freistaat als Träger ist aufgefordert, den Erfordernissen der Grundversorgung im Verdichtungsraum der Stadt Augsburg und der nordwestlichen Teile des Landkreises Augsburg ebenso Rechnung zu tragen, wie einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit den Krankenhäusern der Grund- und Regelversorgung zu gewährleisten – und zwar schwabenweit. Die aktuell anstehende Krankenhausreform werden wir konstruktiv begleiten. Sie ist eine Chance, stationäre Grundversorgung insbesondere in ländlichen Gebieten zu erhalten und gegebenenfalls sogar wieder zu etablieren.

Unser Ziel ist eine heimatnahe medizinische Versorgung. Dazu gehört vor allem die Versorgung mit Haus- und Fachärzten. Hier wollen wir schwabenweit stabile Strukturen erreichen. Der neu eingerichtete Lehrstuhl für Allgemeinmedizin an der Universität Augsburg bietet eine Chance für eine gute hausärztliche Versorgung insbesondere im ländlichen Raum.

Der Gesundheitssektor darf nicht rein den Marktgesetzen unterworfen werden. Wir wollen Gewinnentnahme für private Betreiber von Versorgungseinrichtungen regulieren. Gewinne sollen vorrangig in die Versorgungsqualität reinvestiert werden.

Wir wollen die Rekommunalisierung von Kliniken und stationären Pflegeeinrichtungen fördern und Privatisierung einschränken.

2.4. Versorgung im ländlichen Raum

Attraktive, lebendige Orte in Schwaben sind nicht nur durch Dorfplätze und Dorfbrunnen gekennzeichnet, sondern müssen es den Menschen auch ermöglichen, in ihrem Umfeld die Besorgungen des täglichen Bedarfs zu erledigen. Wir werden die Kommunen im ländlichen Raum daher stärker als bisher bei den Herausforderungen der Zukunft begleiten und für die Menschen damit die Attraktivität ihrer Heimat erhalten.

Auch in Schwaben wird die Versorgung mit den Gütern des täglichen Bedarfs im ländlichen Raum immer schwieriger. Viele Banken und Sparkassen haben bereits Filialen in kleineren Gemeinden geschlossen und auch viele Lebensmittelläden mussten schließen. Ein Ende dieser Entwicklung ist schon allein aufgrund des demografischen Wandels nicht in Sicht. Dadurch fallen aber auch klassische Kommunikationsstrukturen und Treffpunkte weg, die bisher unsere Ortschaften in Schwaben geprägt haben. Gute Beispiele, dieser Entwicklung entgegenzuwirken, sind genossenschaftlich organisierte Dorfläden mit einem regionaltypischen Sortiment, aber auch die Schaffung von Begegnungsräumen für alle Generationen in den Ortszentren. Jede Kommune im ländlichen Raum ist heute neben den eigentlichen Pflichtaufgaben auch aufgefordert, sich mit den Fragen der Versorgung zu beschäftigen.

Neben der Grundvoraussetzung einer finanziellen Handlungsfähigkeit benötigen die häufig kleinen Kommunen im ländlichen Raum auch gezielte Beratungsunterstützung, zum Beispiel durch die Programme Städtebauförderung und Ländliche Entwicklung.

2.5. Sicherheit

Sicherheit ist ein Grundbedürfnis und muss jedem Menschen garantiert werden. Seit dem Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine ist der Begriff der Sicherheit vor allem im Kontext der äußeren Sicherheit wieder deutlich stärker in unser Bewusstsein gerückt. Als SPD haben wir aber einen umfassenderen Sicherheitsbegriff und denken äußere, innere und soziale Sicherheit zusammen. Für die äußere Sicherheit schafft der Bund die Rahmenbedingungen, doch viele Kommunen in Schwaben sind als Bundeswehr-Standorte Teil dieser Bedingungen. Gerade im Rahmen der erforderlichen Verbesserungen der Infrastruktur müssen die Kommunen finanziell in die Lage versetzt werden auch weiterhin ein verlässlicher Partner der Bundeswehr zu sein. Innere Sicherheit bedeutet Lebensqualität, heißt sich frei und ohne Angst vor Gewalt und Kriminalität zu bewegen. Um das zu erreichen genügt es aber nicht, Kriminalität zu bekämpfen, wir müssen auch ihre Ursachen beseitigen.

Wir wollen, dass Schwaben sicher bleibt. Dafür muss die Einsatzfähigkeit der Polizei gestärkt werden. Nur auf dem Papier stehende Soll-Stärken reichen nicht aus. Das Personal muss auch wirklich vor Ort und im Dienst sein. Deshalb braucht

Schwabens Polizei mehr Neueinstellungen, um Personalengpässe zu beheben und auch neue Aufgaben, wie die Bekämpfung der Internetkriminalität und Terrorismusabwehr, bewältigen zu können. Wichtig ist eine wohnortnahe Polizei, die sich vor Ort auskennt, ansprechbar ist und den Bürgern ein Sicherheitsgefühl vermittelt. Nicht alle, aber doch eine beängstigend hohe Zahl der sogenannten "Spaziergänger" hat während der Proteste in der Corona-Pandemie eine erschreckend ablehnende Haltung gegenüber unserer Demokratie und ihrer Sicherheitsbehörden gezeigt. Hierauf müssen wir ebenso unmissverständlich reagieren wie auf gezielte Angriffe gegenüber Rettungsdiensten und Feuerwehren, die neben der Polizei von entscheidender Bedeutung für die Sicherheit unserer Bevölkerung sind. Feuerwehren und Rettungsdienste werden neben den hauptamtlichen Akteuren in hohem Maße von ehrenamtlichem Engagement getragen. Dieses Engagement ist unverzichtbar und muss stärker und effektiver gefördert werden.

Der Kampf gegen Rechts ist und bleibt eine zentrale Aufgabe für alle Demokratinnen und Demokraten. Die Bekämpfung des Rechtsextremismus ist für die SchwabenSPD eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Es ist Aufgabe der demokratischen Gesellschaft mit all ihren Institutionen, dafür zu sorgen, dass vor allem junge Menschen – auch in für sie schwierigen wirtschaftlichen Zeiten oder in persönlich gefühlter sozialer Unsicherheit – nicht von verfassungsfeindlichen, menschenverachtenden und rassistischen Parolen beeinflusst werden. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass jede Form von Intoleranz sowie rechtsextreme und antisemitische Einstellungen in unserer Gesellschaft keinen Raum haben. Die gesamte Zivilgesellschaft ist gefordert, sich zu engagieren. Es geht um Respekt gegenüber anderen, Toleranz und die gemeinsamen Grundwerte.

Soziale Sicherheit zu schaffen ist aber nicht nur die beste Brandmauer gegen Rechtsextremismus, sondern eine grundsätzliche Aufgabe der sich unsere Partei seit ihrer Gründung verschrieben hat. Dieser Aspekt der Sicherheit ist deshalb auch in fast allen anderen Kapiteln dieses Programms zu finden - weil es uns um die Menschen geht!

2.6. Breitbandausbau

„In der Stadt die Top-Infrastruktur, auf dem Land die gute Luft.“ Dieser Grundsatz wird den Anforderungen an eine moderne Gesellschaft nicht gerecht. Besonders deutlich zeigt sich dies bei der Breitbandversorgung in den ländlich geprägten Teilen Schwabens.

Ohne leistungsfähiges Breitbandangebot wird der Rückzug von Menschen und Unternehmen aus den Dörfern, Märkten und kleineren Städten nicht aufgehalten und die Ansiedlung von Familien, Betrieben und Dienstleistern nicht aktiv gefördert. Gerade in Zeiten, in denen Homeoffice immer attraktiver wird, sind sowohl die Unternehmen als auch die Arbeitnehmer*innen auf schnelles Internet angewiesen. Um dies vollständig gewährleisten zu können, sind 100+ Mbit/s nötig.

Lange genug wurden Bürger und Kommunen bei der „Herausforderung Internet“ alleine gelassen. Für uns in Schwaben ist klar: Förderverfahren des Bundes und des Freistaates müssen einfacher sein und zu bezahlbaren Lösungen führen. Wir brauchen Glasfaser für jede Milchkanne.

2.7. Sport

Sport ist ein wichtiger gesellschaftlicher Faktor: er ist ein Motor für soziale Kompetenz, für seelische und körperliche Gesundheit. Sport verbindet Menschen über soziale, kulturelle und sprachliche Grenzen hinweg. Dies gilt im besonderen Maße natürlich für den Sport im Verein, aber auch für die unorganisierten sportlichen Betätigungen in der Freizeit. Deshalb muss der Sport auch in Schwaben in Schulen, Kindertagesstätten und Bildungseinrichtungen fest verankert sein.

Sport braucht Raum und Zeit. Das muss bei der Planung der notwendigen Infrastruktur in Stadt und Land berücksichtigt werden. Dabei dürfen auch Menschen mit Behinderung nicht ausgeschlossen werden. Ein wesentlicher Erfolgsfaktor ist das Ehrenamt, das es konkret zu unterstützen gilt.

Ein besonderes Augenmerk müssen wir auf Schwimmfähigkeit legen, die zu einem großen Problem wird, nicht zuletzt wegen der Defizite durch der Coronapandemie. Durch immer weniger kommunale Schwimmbäder, aber auch wegen nicht gegebenen Schwimmunterrichts aufgrund von Personalmangel in der Schule, gibt es in Schwaben immer mehr Menschen, die nicht schwimmen können.

Wir fordern daher:

- Unsere Vereine haben Anspruch auf eine gute Förderung durch den Freistaat und darauf, dass Kommunen nicht aus Haushaltsnotlagen heraus gezwungen werden, ihre Sportförderung einzustellen.
- Der Freistaat muss den Bau und die Renovierung von Sportanlagen der Vereine und Kommunen (insbesondere Hallen) so fördern, dass ausreichend Flächen für Vereinssport und Schulsport zur Verfügung stehen. Für den Schulsport sind zudem endlich ausreichend Lehrkräfte auszubilden und einzustellen.
- Die Ehrenamtlichen in den Vereinen sind von Bürokratieaufwand soweit irgend möglich zu befreien.
- Bauplanungsrechtliche und lärmschutzrechtliche Vorgaben sind auf Bundes- und Landesebene so zu überarbeiten, dass Vereins- und Freizeitsport auch im städtischen Bereich und im Umfeld von Wohnbebauung den heutigen Erfordernissen entsprechend durchgeführt werden kann.
- Die Kommunen sind beim Erhalt von Schwimmbädern durch ein Sonderinvestitionsprogramm des Freistaats zu unterstützen.
- Sportentwicklungsplanung ist vom Freistaat – auch über Kommunalgrenzen hinweg – zu fördern.

2.8. Kulturelle Identität Schwabens – in Vielfalt geeint

Die Kulturgeschichte Schwabens ist lang und vor allem geprägt von Vielfalt, ob durch klösterliches Umfeld oder durch wirtschaftliche Prosperität, sei es als freie Reichsstadt oder in Zeiten der industriellen Revolution. Besonders war dabei stets die Fähigkeit, religiöse Gräben zu überwinden und Fremdes zu integrieren – bis es typisch „schwäbisch“ ist. Die Vielfalt spiegelt sich nicht nur im Wappen des Bezirks Schwaben wider, sondern auch im Selbstbewusstsein der schwäbischen Regionen. Nicht nur die Allgäuer sind stolz auf ihre Traditionen und ihre Landschaft, sondern auch die Nord- und Mittelschwaben und die Aichach-Friedberger, die als echte Altbaiern erst im 20. Jahrhundert zu Schwaben gekommen sind. Bereichert wird diese Vielfalt durch Heimatvertriebene und Migranten aus vielen Ländern der Welt, die nach 1945 in Schwaben eine neue Heimat gefunden haben.

Die Kultur trägt dieser Vielfalt Rechnung. Blaskapellen, Schützenvereine, Trachtengruppen und Heimatfeste sind ihr Ausdruck genauso wie Hip-Hop, Rockbands, Kulturvereine, historische Bürgerfeste oder der Augsburger Plärrer.

Der Bezirk veranstaltet regelmäßig gemeinsam mit einer schwäbischen Stadt oder Gemeinde den Schwabentag als ein besonderes Fest für die Bürgerinnen und Bürger, mit dem die Zusammengehörigkeit der vielfältigen Region gefeiert wird. Der Schwabentag – entstanden auf Anregung der SPD – soll auch das Zusammenleben von Alteingesessenen und Zugereisten, von Jung und Alt und von Menschen mit und ohne Behinderung fördern. Es gilt die kulturellen Unterschiede, aber auch Gemeinsamkeiten zu pflegen und zu bewahren.

Kulturelle Angebote, wie das Landestheater Schwaben, das von vielen schwäbischen Landkreisen und (kreisfreien Städten) unterstützt wird, oder das Staatstheater Augsburg, müssen eine sichere finanzielle Basis für ihre Arbeit haben. Viele Baudenkmäler, historische Klöster, stattliche Bauerndörfer und alte Judendörfer harren noch der Sanierung und Nachnutzung. Um dies zu meistern, bedarf es – noch stärker als bisher – bürgerliches Engagement und öffentliche Kulturförderung zusammenzubringen. Eine Schwabenstiftung Anlaufstelle/Kulturlotse, die zur Aufgabe hat, Tradition und Moderne in Einklang zu bringen und kulturelle Projekte zu unterstützen, kann genau die richtige Hilfe sein, um diese Aufgabe zu meistern.

2.9. Ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement

Schwaben wird geprägt von der Vielfalt der hier lebenden Menschen. Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt sind Grundbedingungen für ein gelingendes Zusammenleben. Wir setzen uns darum für die Förderung der Selbstorganisation und die Vernetzung der ehrenamtlich und bürgerschaftlich tätigen Menschen ein.

Mit Freiwilligenzentren und kommunalen Kontaktstellen werden wir eine schwäbische Infrastruktur für den Erfahrungsaustausch ausbauen. Und mit sichtbarer Anerkennung und mit Lernen durch Engagement in den Schulen möchten wir noch mehr Menschen motivieren, sich für ihre Ideale und für andere zu engagieren. Nicht zuletzt die

Erfahrungen in der Flüchtlingshilfe in den letzten Jahren zeigen: bürgerschaftlich Engagierte brauchen Unterstützung durch Hauptamtliche und einen gegenseitigen Informationsaustausch.

Aber nicht nur Bürgerinnen und Bürger übernehmen Verantwortung. Wir müssen auch noch mehr Unternehmen für gesellschaftliches Engagement gewinnen und in die Pflicht nehmen, ihre gesamtgesellschaftliche Verantwortung wahrzunehmen.

Auch die direkte Bürgerbeteiligung auf kommunaler und regionaler Ebene muss gestärkt werden. Bürgerinnen und Bürger sind frühzeitig und umfassend in aktuelle Planungen einzubinden. Projekte dürfen nicht in Hinterzimmern als alternativlos dargestellt und entschieden werden. Das Werben vor Ort um Akzeptanz und die beste Lösung muss Ziel des Handelns sein.

3. Bildungsstandort Schwaben

Für uns ist Bildung ein Menschenrecht und eines der höchsten Güter unserer Gesellschaft. Daraus leiten wir unser ganzheitliches Verständnis von Bildung ab. Eine Stärkung des Bildungsstandorts Schwaben ist aus diesem Grund ein zentrales Ziel unserer Arbeit.

3.1. Unsere Schulen unterstützen

In Schwaben gibt es viele Grundschulen, Mittelschulen und Förderschulen, mehr als 55 Gymnasien und mehr als 40 staatliche und kommunale Realschulen. Im Regierungsbezirk finden Schüler und Schülerinnen ein vielseitiges Bildungsangebot. Dies jedoch nicht in jedem Ort. Die Dichte der Schulen variiert je nach Region. Insgesamt lässt sich ein großes Stadt-Land-Gefälle feststellen.

Das Übertrittsverhalten der Schülerinnen und Schüler ist immer noch viel zu stark vom Einkommen der Eltern und teilweise auch vom Wohnort abhängig. In Schwaben liegt die Übertrittsquote auf das Gymnasium bei 35,6 Prozent, damit unter dem bayernweiten Schnitt von 41,1 Prozent. Auf die Realschule gehen 32,5 Prozent. Das sind mehr als im bayerischen Durchschnitt, wo die Übertrittsquote auf die Realschule bei 28,9 Prozent liegt. Die Zahlen der Schülerinnen und Schüler, welche die Eignung für eine weiterführende Schulart haben, lagen in Schwaben aber deutlich höher, mit beispielsweise mehr als 57 Prozent fürs Gymnasium. Um Bildung gerechter zu machen, wollen wir Schulen zielgenauer fördern. Grundlage sollen Sozialindizes sein. Schulen in sozialen Brennpunkten müssen mehr staatliche Förderung erhalten.

Für guten Unterricht brauchen wir:

- eine ausreichende Anzahl an Lehr- und Verwaltungskräften, inklusive einer ausreichend großen mobilen Reserve, Systemadministratoren und multi-professionelle Teams
- deutlich kleinere Klassen in entsprechenden Räumen
- moderne pädagogische Konzepte und individuelle Lernformen

- eine interdisziplinäre Einbindung von Sozialpädagogen, Psychologen und Förderkräften
- Schulen vor Ort, dies gilt gerade auch für weiterführende Schulen
- die Möglichkeit, Gemeinschaftsschulen in Kommunen einzuführen, die dies möchten
- längeres gemeinsames Lernen
- den flächendeckenden Ausbau von Ganztagsbetreuung/Ganztagschule, auch in Rand- und Ferienzeiten
- kostenfreies Frühstück/ Mittagessen,
- kostenfreien Schulweg
- Ausweitung der Lernmittelfreiheit auf digitale Endgeräte und Lernsoftware

3.2. Berufliche Schulen

In Schwaben gibt es circa 20 staatliche Berufsschulen, darüber hinaus existiert ein breit gefächertes Angebot an städtischen beziehungsweise kommunalen Berufsschulen und Berufsfachschulen. Die beruflichen Schulen haben ein großes Budgetdefizit. Es fehlen die finanziellen Mittel und die personelle Ausstattung der Berufsschulen ist zu gering. Die Lehrkräfte an beruflichen Schulen engagieren sich über das Maß hinaus, um die Defizite bestmöglich abzufangen. Die Aufnahme und Integration von Kindern von Asylbewerberinnen, Asylbewerbern und Geflüchteten stellen vor allem die Berufsschulen vor zusätzliche Aufgaben. Berufliche Ausbildung ist genauso wichtig wie das Studium. Dieser von fast allen Seiten gemachten Aussage stimmen wir zu. Nur: Dann muss sich dies auch in den politischen Entscheidungen – inklusive des Einsatzes von Finanzmitteln des Freistaats – widerspiegeln.

Um das berufliche Schulwesen zu stärken, benötigen wir:

- mehr finanzielle Mittel und eine bessere personelle Ausstattung
- optimale Lernbedingungen für alle Schüler und Schülerinnen, auch im Zeitalter der Digitalisierung - das beinhaltet kostenlose digitale Endgeräte, Lernsoftware usw.
- bessere Ausstattung und Unterstützung von beruflichen Schulen, speziell mit Blick auf Schüler und Schülerinnen aus Geflüchteten- und Asylbewerberfamilien
- den Ausbau des Sprachunterrichts vor allem für Schüler und Schülerinnen aus Geflüchteten und Asylbewerberfamilien
- ausreichende Möglichkeiten, um der neuen Situation auch kurzfristig gerecht zu werden (flexible Modelle)
- den weiteren Ausbau von Jugendsozialarbeit an den beruflichen Schulen

3.3. Studium in Schwaben

Im Bereich des Studiums sehen wir in Ausbau und Weiterentwicklung dualer Studiengänge eine große Chance für Schwaben. Gemeinsam mit IHK und hwk gilt es, Projekte zu entwickeln, die leistungsstarke und praxisbegabte Jugendliche, aber auch junge Geflüchtete, in eine hochqualifizierte Ausbildung bringen. Denn die Fachkräftesicherung ist eine der wichtigsten bildungspolitischen Zukunftsaufgaben in Schwaben. Deshalb müssen wir auch die schwäbischen Hochschulen zu einem

starken Partner des regionalen Mittelstands und der Wirtschaft entwickeln. Auch deshalb müssen die Pläne für eine Hochschule oder Duale Hochschule in Memmingen konkretisiert und umgesetzt werden – eine Stärkung im Wettbewerb mit Baden-Württemberg, die Schwaben dringend braucht.

Die Hauptlast in Lehre und Forschung an den Hochschulen wird heute von befristeten Teilzeitkräften oder Honorarkräften getragen, deren Arbeits- und Karriereperspektiven unsicher und nicht planbar sind. Wir setzen uns dafür ein, dass Karrierewege für den wissenschaftlichen Nachwuchs an den schwäbischen Hochschulen und der Universität Augsburg ausgebaut werden und unbefristete Stellen für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler geschaffen werden. Hierfür werden wir uns auf Landesebene mit Nachdruck einsetzen und entsprechende Anträge einbringen.

Ferner ist aber auch ein Ausbau der wissenschaftlichen Infrastruktur wichtig für den Wissenstransfer der heimischen Unternehmen. Diesen gilt es, bei aktuellen Themen wie der Digitalisierung konsequent und arbeitsteilig auszubauen. Die Vollendung und Förderung des Augsburger Innovationsparks ist genauso wichtig, wie das Kompetenzzentrum für angewandte Forschung in Kempten, die Kooperation mit dem Fraunhofer-Institut IVV oder ein bayerisches Zentrum für Ressourceneffizienz im Bereich der ökologischen Forschung und Zusammenarbeit in Augsburg.

3.4. Inklusive Beschulung

Das Bayerische Erziehungs- und Unterrichtsgesetz erlaubt den gemeinsamen Schulbesuch von Kindern mit und ohne Behinderung und gibt den Eltern das Wahlrecht zwischen Regel- und Förderschule. In der Praxis klappt das von Ort zu Ort unterschiedlich, besser im Grundschulbereich, seltener in der Mittel- und Oberstufe. Das liegt daran, dass die Rahmenbedingungen oftmals nicht passen.

Seit 2015 hat sich die Zahl der Kinder durch die steigende Geburtenzahl und Zuwanderung erhöht, damit auch die Zahl der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Auf diesen Zuwachs sind weder die Förder- noch die allgemeinen Schulen vorbereitet. Damit wird die Umsetzung des Wahlrechts der Eltern weiter erschwert.

Wir kümmern uns darum, dass

- die Zahl der Lehrkräfte in Förder- und Regelschulen erhöht wird
- in Regelschulen die Klassenstärke reduziert werden kann, um den besonderen Bedürfnissen von behinderten Kindern Rechnung zu tragen
- anstelle der Schulbegleiter, die bisher meist von den Eltern angestellt und vom Bezirk bezahlt werden, die Schule für eine pädagogisch ausgebildete Zweitkraft sorgt und der Freistaat die erforderlichen Mittel dafür bereitstellt
- Inklusion auch über hör- und sehgeschädigte sowie mobilitätseingeschränkte Kinder hinaus ein Thema für weiterführende Schulen wird
- die Förderschulen personell besser ausgestattet werden, sodass jede Klasse einen eigenen Lehrer bekommt und der Mobile Sonderpädagogische Dienst (MSD) seinen Aufgaben nachkommen kann

- die Schulvorbereitenden Einrichtungen (SVE) der Förderschulen eine angemessene personelle Ausstattung bekommen
- verstärkt Wege von der Förderschule mit Schwerpunkt geistige Entwicklung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt eröffnet werden.

3.5. Außerschulische Jugendbildungsarbeit

Jugendbildung findet nicht nur in der Schule statt. Im Gegenteil: Musikschulen, Theatergruppen, Sport-, Trachten- und Musikvereine, Jugendgruppen und kommunale Jugendzentren sind nicht nur gesellige Treffpunkte, sondern Lernorte für Integration von Migranten, Inklusion von Menschen mit Behinderung und gesellschaftliches Engagement. Nirgends sonst werden Werte und soziale Kompetenzen so niederschwellig und nachhaltig vermittelt, wie hier. Das dafür ausgegebene Steuergeld wäre somit eigentlich gut angelegt.

Dazu müssen auch entsprechende Programme wie die des Bayerischen Jugendrings flächendeckend auf die regionale Ebene heruntergebrochen und vor Ort weiter unterstützt werden. Es ist unsere Aufgabe, im Interesse der Gesellschaft die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen – im Landtag und vor Ort. Hierzu gehört auch eine Absicherung der Jugendbildungsstätte des Bezirksjugendrings in Babenhausen und der bisherigen Projekte zur politischen Bildung und Medienbildung.

3.6. Lebensbegleitendes Lernen

Lernen bis ins hohe Alter wird immer wichtiger. Bildungseinrichtungen wie die Volkshochschulen bieten gute Möglichkeiten, auch nach dem Schulabschluss auf dem Laufenden zu bleiben oder sich zusätzliche Kompetenzen anzueignen.

Auch mit der wachsenden Zahl an Asylbewerberinnen und Asylbewerbern, Geflüchteten sowie Migrantinnen und Migranten leisten Bildungseinrichtungen wie die Volkshochschulen einen wichtigen Beitrag zur Lern- und Sprachförderung. Sie sind damit ein zentraler Baustein für eine schnelle Integration. Aber auch der digitalen Transformation kommt in der Erwachsenenbildung eine wichtige Aufgabe zu.

Für ein lebensbegleitendes Lernen benötigen wir:

- Bildungsangebote, die auch für Menschen in ländlichen Gebieten erreichbar sind, gegebenenfalls digitale Angebote
- Angebote, die auch von älteren Menschen und Menschen mit einer Behinderung oder einer Beeinträchtigung wahrgenommen werden können
- einen generellen Abbau des Stadt-Land-Gefälles zugunsten einer besseren Erreichbarkeit der Einrichtungen für alle Bildungssuchenden
- bezahlbare Angebote für alle Bevölkerungsschichten – auch für Geflüchtete und Asylbewerberinnen und Asylbewerber
- vielseitige Bildungsangebote, die vor allem auch in Kernbereichen wie Sprachförderung und Wertevermittlung angesiedelt sind

- gezielte Angebote für Basiswissen vor allem in den Kernfächern Deutsch, Mathe, Englisch, aber auch Medienkompetenz, Vermittlung digitaler Kompetenzen etc.

4. „Gute Arbeit“ überall – ob im ländlichen Raum oder in den Ballungszentren

Der Lage am Arbeitsmarkt in Schwaben hat sich in den letzten Jahren deutlich zugunsten der Beschäftigten verschoben. Konnten wir früher froh sein, dass es in vielen Teilen unseres Regierungsbezirks nahezu Vollbeschäftigung gab, müssen wir nun mit den Folgen und Herausforderungen des zunehmenden Fachkräfte- und Arbeitskräftemangels umgehen, damit wir auch in Zukunft überall in Schwaben gut und sicher leben können.

4.1. Mehr Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen für Schwaben

Das produzierende und verarbeitende Gewerbe spielt für eine gute weitere Entwicklung eine wichtige Rolle und bildet die starke industrielle Basis für Schwabens wirtschaftliche Entwicklung.

Damit diese positive Entwicklung weitergeführt werden kann, ist die Förderung von Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen außerordentlich wichtig. Seit vielen Jahren unterstützt die SchwabenSPD entsprechende Forderungen aus der Wirtschaft und den Hochschulen.

Wichtige Ansatzpunkte für eine verstärkte Förderung sehen wir vor allem in folgenden Bereichen und regionalen Schwerpunkten:

- In Nordschwaben und der Region Augsburg sind dies vor allem Mechatronik, Umweltkompetenz, Kohlefaserverbundstoffe sowie die Luft- und Raumfahrttechnik.
- In Westschwaben ist ein wichtiger Schwerpunkt der Bereich der Transportlogistik, wobei auch die Kooperation mit baden-württembergischen Einrichtungen verstärkt werden sollte. Ein weiterer Schwerpunkt in Westschwaben ist der Bereich Medizin/Gesundheit.
- Im Süden Schwabens müssen Verpackungs- und Lebensmittelindustrie weiter gestärkt werden, aber auch die Bereiche Umwelttechnologie, Informations- und Kommunikationstechnologie.

Dazu müssen weitere Forschungseinrichtungen wie zum Beispiel solche der Max-Planck-Gesellschaft oder Fraunhofer-Institute in allen Regionen Schwabens angesiedelt werden. Gute Beispiele, wie die Beteiligung des Fraunhofer-Instituts für Verfahrenstechnik und Verpackung IVV am Zentrum für Lebensmittel- und Verpackungstechnologie e. V. sind ein Anfang. Wir brauchen mehr Verzahnung und Wissens- und Technologietransfer im gesamten Regierungsbezirk. Auch die Universität Augsburg und die Hochschulen für angewandte Wissenschaft in Augsburg, Kempten (Allgäu) und Neu-Ulm müssen bei ihren Forschungsarbeiten weiter und stärker unterstützt werden. Die Wirtschaft ist durch ihre Wirtschaftsverbände ebenfalls in die Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen einzubinden.

Gute Forschungspolitik für Schwaben braucht eine Kopplung zwischen Innovationsschwerpunkten, Wissenstransfer und schließlich der Umsetzung in Produkte und Dienstleistungen, die vor Ort in Schwaben entstehen.

4.2. Arbeit 4.0 – Arbeit weiter denken

Die Digitalisierung und Automatisierung der Arbeit in Büros, Produktionshallen und Verwaltungen werfen spannende Fragen auf. Diese Themen und die rasanten Entwicklungen im Bereich der Künstlichen Intelligenz erzeugen viele Chancen, aber auch Risiken für Unternehmen, Beschäftigte und die Gesellschaft insgesamt. Die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen auch in Schwaben werden sich weiter rasend schnell verändern.

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, welche Möglichkeiten und Risiken sich ergeben, wenn das persönliche Gespräch am Arbeitsplatz durch virtuelle Meetings ersetzt wird oder Arbeitsplätze zu „virtuellen workplaces“ werden. Homeoffice, Telenarbeit und Flexibilität sind keine Einbahnstraße, die nur von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu erbringen sind. Durch die Digitalisierung der Arbeitswelt werden die Arbeitsprozesse flexibler, schneller, globaler, aber auch stärker kontrollierbar. Die Möglichkeit, zeitlich flexibel und ortsunabhängig zu arbeiten, wird gerade von jungen Menschen besonders geschätzt. Sie birgt jedoch auch die Gefahr, dass die Arbeitenden ständig erreichbar sind und die Gesundheit durch ungünstige ergonomische Bedingungen gefährdet wird. Bisher noch ungeklärt sind die Fragen, welchen Weg die technologische Entwicklung in Zukunft nehmen wird und wie die Technik in die Organisation der Betriebe eingepflegt wird. Insgesamt ist damit zu rechnen, dass „Industrie 4.0“ zwar neue Arbeitsplätze schafft, aber auch Arbeitsplatzverluste zu befürchten sind, die eine ständige Qualifizierung und Weiterbildung notwendig machen.

- Es ist für uns selbstverständlich, dass wir die Menschen in den Mittelpunkt der Gestaltung des technologisch-organisatorischen Fortschrittes stellen.
- Die Betroffenen müssen bei der Gestaltung der digitalen Arbeit und den damit zusammenhängenden Fragen mitwirken können.
- Weiterbildung und (Nach-) Qualifikation sind wichtige Handlungsfelder, für die wir eine regionale Initiative mit Kammern, Gewerkschaften und Kommunen brauchen.
- Um erfolgreich zu sein, müssen die Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte von Betriebsräten ausgeweitet werden.
- Darüber hinaus ist der Begriff der Arbeitszeit neu zu definieren, da mit der Digitalisierung der Arbeit der Beginn und das Ende der Arbeitszeit oft nicht mehr reguliert sind.
- Auch der Arbeitnehmerbegriff bedarf einer Anpassung, um eine klare Abgrenzung von der Selbständigkeit zu gewährleisten. Gerade im Bereich hochqualifizierter Arbeit z.B. im IT-Bereich entsprechen die rechtlichen Vorgaben nicht mehr den tatsächlichen Gegebenheiten.
- Für einen guten Übergang zur digitalen Arbeitswelt ist es erforderlich, dass die Menschen hierfür richtig aus- und weitergebildet werden und die Inhalte und Methoden der (beruflichen) Bildung den neuen Anforderungen angepasst werden.

Wir wollen einen runden Tisch für Bildung und Ausbildung, der alle regionalen Akteure an einen Tisch bringt und sicherstellt, dass wir gerade jungen Menschen eine Ausbildung ermöglichen.

Bei allen diesen Punkten wird sich die SchwabenSPD aktiv mit einbringen.

4.3. Tourismuspolitik

In Schwaben liegt eines der beliebtesten Urlaubsgebiete Deutschlands: das Allgäu. Hier ist die Tourismuswirtschaft ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor, der weiter gestärkt werden muss. Dies gilt auch für den Städtetourismus in Augsburg und der Region Neu-Ulm/Ulm und für die Ferienregion Donau-Ries.

Die Tourismuswirtschaft ist eine dienstleistungsintensive Branche, die vor allem von mittelständischen Unternehmen getragen wird. Sie bietet standortgebundene Arbeits- und Ausbildungsplätze und stärkt ihrerseits andere Wirtschaftszweige durch die Nachfrage vor allem von Lebensmitteln sowie vielfältiger Dienstleistungen. Die Corona-bedingten Einschränkungen im Tourismus haben diesen Wirtschaftszweig hart getroffen. Schon vor dieser schweren Krise für die Tourismuswirtschaft war diese Branche wechselnden Trends unterworfen, auf welche die Tourismusunternehmen vor Ort schnell reagieren oder diese Trends selbst setzen müssen. Hier hat Schwaben im Bereich des Gesundheitstourismus noch erhebliches Potenzial, das durch entsprechende unternehmensseitige Investitionen und politische sowie finanzielle Förderung ausgeschöpft werden muss. Zur Steigerung der medizinischen Qualität in schwäbischen Heilbädern und Kurorten müssen über die vorhandenen Förderprogramme mehr Mittel in die Region geholt werden.

Aufgrund der demographischen Entwicklung müssen die Angebote auch in Schwaben noch stärker auf die Bedürfnisse älterer Reisender und Reisender mit Behinderungen angepasst werden. Der barrierefreie Tourismus muss ein Markenzeichen des schwäbischen Tourismus werden, da er nicht nur Menschen mit Behinderung, sondern allen Urlaubsgästen und auch Einheimischen das Leben enorm erleichtert.

Notwendig ist in diesem Zusammenhang auch der weitere Ausbau eines besonders umweltfreundlichen öffentlichen Nahverkehrs. Das einfache und schnelle Wechseln der Verkehrsmittel vom Auto auf Bus und Bahn oder aufs Fahrrad (intermodaler Verkehr) muss gerade in ländlichen Tourismusgebieten stärker in den Fokus gerückt werden. Unser Ziel ist es, die Anschlusssicherheit von Reisenden mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu garantieren, damit die Anreise ohne Auto eine echte Alternative wird, welche die Umwelt und den Geldbeutel schont. Speziell die kurtaxefinanzierte Gästefreifahrt soll gefördert oder ausgebaut werden. Diese Infrastruktur kommt auch Tagesreisenden zugute, die einen immer größeren Teil der Gäste ausmachen. Da hier die Anreise oft mit Bussen erfolgt, sind vor Ort entsprechende Angebote an Busparkplätzen und weiterer Infrastruktur zu errichten.

4.4. Faire Arbeitsbedingungen

Das Gewerkschaftsmotto „Gute Arbeit“ gilt selbstverständlich auch für die schwäbischen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Schwaben als Arbeitsstandort muss weiter gefestigt und gestärkt werden. Hierzu tragen auch die „weichen Standortfaktoren“ wie Umweltqualität, Freizeit- und Kulturangebot oder der Wohnwert der schwäbischen Städte und Gemeinden bei.

Der Arbeitsmarkt hat sich in den vergangenen Jahren drastisch gewandelt. Nach Jahrzehnten, in denen Arbeitslosigkeit und die Schaffung bzw. der Erhalt von Arbeitsplätzen im Fokus standen, steht Deutschland – und insbesondere der wirtschaftlich starke Süden – vor neuen Herausforderungen. Der Mangel, nicht nur an gut ausgebildeten Fachkräften, sondern auch an Arbeitskräften generell, prägt die derzeitige Lage am Arbeitsmarkt. Die IHK Schwaben nennt den Fachkräftemangel das „größte Risiko für die weitere wirtschaftliche Entwicklung“ und stellt fest, dass „die Hälfte der Unternehmen offene Stellen hat, die sie langfristig nicht besetzen können“.

Nichtsdestotrotz besteht in vielen Bereichen am Arbeitsmarkt Handlungsbedarf, da Beschäftigungsverhältnisse immer noch prekär sind und sich durch den Wandel in der Dienstleistungsbranche neue Problemfelder ergeben haben. Formal selbständige Paketzusteller und die immer noch vorhandenen Werkvertrags-Beschäftigten dürfen trotz der positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt nicht hinten runterfallen.

Wir schaffen darüber hinaus ein Faire-Löhne-Gesetz für Bayern. Wer Aufträge vom Freistaat Bayern erhalten will, muss zukünftig Tarifverträge einhalten und haftet dafür, dass auch die Subunternehmen, die beauftragt werden, die gesetzlichen und tariflichen Vorgaben einhalten.

4.5. Handwerk, Mittelstand und kleine Unternehmen

Mittelständische Unternehmen sind nicht nur in der Tourismusbranche ein wichtiger Pfeiler der positiven wirtschaftlichen Entwicklung Schwabens. Auch im produzierenden und verarbeitenden Gewerbe gibt es viele mittelständische Unternehmen, die sich im globalen Wettbewerb behaupten müssen. Die Politik in Bayern hat diese mittelständischen Strukturen bisher oft vernachlässigt, obwohl sie so wichtig für die weitere wirtschaftliche, technologische und soziale Entwicklung auch in Schwaben sind. Mittelständische Unternehmen sind daher stärker in die regionalen Entwicklungen einzubeziehen.

Auch im Handwerk wird geforscht, auch hier entstehen Innovationen, ohne dass sich die Unternehmen eigene Fachabteilungen leisten können. Um dieses Entwicklungspotenzial des Handwerks zu unterstützen, muss in Zusammenarbeit mit den Kammern und den schwäbischen Hochschulen eine bessere Vernetzung von Handwerk und Wissenschaft erreicht werden.

Handwerksunternehmen und der Mittelstand müssen unterstützt werden, um bei der zunehmenden Digitalisierung – Stichwort „Arbeit 4.0“ (vergleiche oben) – Schritt halten

zu können. Darüber hinaus muss es darum gehen, eine Vielfalt von Unternehmen zu fördern und die Bedingungen für die Gründung kleiner, innovativer Firmen (Start-ups) zu verbessern. Dies gilt sowohl für die Finanzierung als auch für steuerlichen Rahmenbedingungen. Die Verbesserung dieser Förderung muss an Bedingungen guter Arbeit geknüpft sein. Ein Betriebsrat muss eine Selbstverständlichkeit sein.

4.6. Land- und Forstwirtschaft

Die Landwirtschaft ist in Bayern und Schwaben – wie wohl in kaum einem anderen Bundesland – nicht nur Wirtschaftsfaktor, sondern ein Teil des kulturellen Selbstverständnisses. Deswegen gilt es, die typisch bayerisch-schwäbische Landwirtschaft der Familienbetriebe zu schützen.

Dazu muss ein gerechter Markt geschaffen werden, auf dem sich diese Betriebe behaupten können. Grundvoraussetzung dafür ist jedoch, dass Erzeuger, Verarbeiter und Handel auf Augenhöhe agieren. Aus diesem Grund muss die Position der Erzeuger gegenüber der verarbeitenden Industrie und dem Lebensmitteleinzelhandel gestärkt werden.

Die Ernährungsgewohnheiten vieler Menschen haben sich gewandelt: regional, bio und fair gehandelt soll es sein. Die Unterschiede der bayerischen Lebensmittel zu anonymen Produkten großer Supermärkte sind ein Alleinstellungsmerkmal. Mit regionaler Erzeugung in Bayerisch-Schwaben können Landwirte punkten.

Wir stehen klar zur bäuerlichen Produktion hochwertiger Nahrungsmittel und werden die Bauern unterstützen, Märkte mit ihren exzellenten Produkten zu erschließen, um die Wertschöpfung den Erzeugern bei uns zugutekommen zu lassen. Von staatlicher Seite gilt es, diese Entwicklung durch eine einheitliche und transparente Kennzeichnung der Produkte zu befördern. Außerdem muss ein allgemeines Bewusstsein dafür geschaffen werden, woher unsere Lebensmittel stammen und wie wertvoll diese sind. Dieses Bewusstsein muss bereits in den Schulen durch regionale und fair gehandelte Schulverpflegung entwickelt werden.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist eine deutliche Stärkung des Verbraucherschutzes. Absolute Transparenz und Verbraucherefreundlichkeit sollten die bestimmenden Leitlinien sein. Dazu benötigen wir vor allem eine Erhöhung der von staatlicher Seite zur Verfügung stehenden Finanzmittel, um zum Beispiel die Verbraucherschutzverbände in ihrer Beratungstätigkeit zu stärken, aber auch um ausreichend Lebensmittelkontrollen durchführen zu können.

Für funktionierende Märkte braucht es Leitplanken! Wir brauchen Kriseninstrumente, die beim Versagen der Märkte automatisch greifen. Auf der anderen Seite müssen die Landwirte den von den Verbrauchern immer stärker geforderten Aspekten des Tierwohls auch in der landwirtschaftlichen Produktion nachkommen. Die SchwabenSPD tritt für freiwillige Maßnahmen ein, die auf Grundlage staatlich initiiertes Förderung praxistaugliche Lösungen für die Landwirtschaft bereitstellen. Nur mithilfe konkreter Richtlinien, unter anderem hinsichtlich Aufzucht und Haltung, kann eine

zeitgemäße Nutztierhaltung garantiert werden. Dabei bringen uns weder blinder Aktionismus noch medienwirksame Verbote zum Ziel.

Auch die Waldbauern benötigen unsere Unterstützung: Der Waldbau hin zu einem klimatoleranten Mischwald und einem vernünftigen Gleichgewicht zwischen Wald und Wild stellt auch bei uns in Schwaben eine der wichtigsten umweltpolitischen Herausforderungen der Zukunft dar.

4.7. Metropolregion München

Die Hälfte der kreisfreien Städte und Landkreise Schwabens gehört zur Metropolregion München, die mit ihren gut sechs Millionen Bewohnern in Sachen Wirtschaftskraft, Innovationsfähigkeit und Lebensqualität zu einer der führenden Regionen Europas zählt. Erklärtes Ziel der insgesamt elf in Deutschland bestehenden Metropolregionen („Europäische Metropolregionen“) ist es, als Motoren für gesellschaftliche, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklungen zu fungieren und auf diesem Wege die Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit Deutschlands und Europas zu stärken und zur Beschleunigung des europäischen Integrationsprozess beizutragen.

In diesem Sinne bekennen wir uns nachdrücklich zum Konzept der Europäischen Metropolregionen, in dem wir ein großes Potenzial sehen – auch und gerade für die Bürgerinnen und Bürger in Schwaben.

Unter dem Dach des Vereins Europäische Metropolregion München e. V. kommen Partner aus den verschiedensten Bereichen zusammen, die in Arbeitsgruppen Konzepte innerhalb der Handlungsfelder Wissen, Wirtschaft, Umwelt, Kultur und Mobilität sowie ländlicher Raum ausarbeiten. Beispiele solcher Konzepte sind Direktvermarktungsinitiativen für regionale Produkte oder Mobilitätskonzepte für den ÖPNV mit verbundübergreifenden Tarifen für alle Einwohner der Metropolregion.

Die SchwabenSPD ist überzeugt von den Chancen, welche die Europäische Metropolregion München für die Bevölkerung in Schwaben bietet, und wird das Konzept nachdrücklich fördern und aktiv unterstützen.

5. Energie und Umweltschutz in Schwaben

5.1. Energiewende im Allgemeinen

Es ist unsere Aufgabe, den Bürgerinnen und Bürgern Schwabens bezahlbare Energie, die ökologisch sinnvoll produziert wurde, zur Verfügung zu stellen.

Die Energiewende ist die größte industrie- und energiepolitische Herausforderung der letzten Jahrzehnte und derzeit eine der größten Herausforderungen für unseren Wirtschaftsstandort. Der Regierungsbezirk Schwaben ist wirtschaftlich stark vom produzierenden Gewerbe geprägt, die Logistikbranche gewinnt zunehmend an Bedeutung. Eine bezahlbare und sichere Energieversorgung ist untrennbar mit dem wirtschaftlichen Erfolg unserer schwäbischen Unternehmen – von der chemischen Industrie bis zum Maschinenbau und der Logistik – verbunden. Sichere Arbeitsplätze und damit wirtschaftlicher Wohlstand für alle in unserer Region sind nur mit einer sicheren und bezahlbaren Energieversorgung möglich.

- Wir halten weiter am Ausstieg aus der Kernenergie fest. Diese Technologie birgt hohe Risiken, die Endlagerung der Abfälle ist bis heute nicht geklärt und die Wirtschaftlichkeit der Anlagen ist nicht mehr gegeben.
- 100 Prozent erneuerbare Energie und weitgehende Unabhängigkeit von Energieimporten aus dem Ausland sind unsere Ziele.
- Um diese Ziele zu erreichen, muss so weit wie möglich Energie eingespart werden. Hier setzen wir bei Neubau und Renovierung auf fortschrittliche Systeme wie LED-Beleuchtung sowie moderne und intelligente Gebäudetechnik.
- Gleichzeitig ist sicherzustellen, dass sie zuverlässig zu jeder Tages- und Nachtzeit in ausreichender Menge vorhanden ist, zu Engpässen darf es nicht kommen. Wir setzen uns daher für einen Energie-Mix aus Biogas, Photovoltaik und Windkraft sowie innovative Speichertechnologien wie Wasserstoffspeicher und Batteriesysteme ein. Für die Wärmeversorgung wollen wir auch heimische Biomasse wie Holzhackschnitzel oder Pellets nutzen.
- Außerdem muss Energie bezahlbar bleiben: jede Bürgerin und jeder Bürger Schwabens und jedes schwäbische Unternehmen muss sich Energie in ausreichendem Maß leisten können. Dies wollen wir u.a. durch eine sinnvolle Koppelung der verschiedenen Energieträger in intelligenten Energienetzen, sog. Smart Grids erreichen. Hierbei werden wir eng mit den regionalen Energieversorgern zusammenarbeiten, um kostengünstige Lösungen zu ermöglichen.
- Die Kommunen stehen vor der Herausforderung, eine verbindliche Wärmeplanung zu erarbeiten, wie sie ihre Heizinfrastruktur klimaneutral umbauen können. Dazu brauchen sie auf ihrem Weg, die Energiewende mitzugestalten, Unterstützung. Die Erfassung der bestehenden Infrastruktur sowie von Dachflächen für Photovoltaik, die Möglichkeit interkommunaler Zusammenarbeit, die verschiedenen Formen der Finanzierung von Anlagen, werden wir aktiv unterstützen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass gemeinsam mit Fachleuten Energienutzungspläne, die vom Ist-Zustand bis hin zur Umsetzung von Konzepten alle Schritte vor Ort begleiten, erstellt werden.

- Dazu gehört selbstverständlich die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, angefangen von der Beratung bei der energetischen Sanierung des Wohneigentums, über Bürgeranlagen, an denen man sich finanziell beteiligen kann, bis zu Bürgernetzen, einer Beteiligungsform am Netzausbau.

Den Energieverbrauch senken, die Energieeffizienz steigern, die Bezahlbarkeit garantieren, damit das Klima schützen und gleichzeitig für Versorgungssicherheit sorgen – das ist unsere Vision für Schwaben am Ende der Energiewende.

5.2. Energiewende im Verkehr

Der notwendige Ausbau eines kostengünstigen öffentlichen Nahverkehrs und eines Radwegenetzes in Schwaben sind wesentliche Elemente der Energiewende. Für größere Distanzen oder bei schwierigen Witterungsverhältnissen sind viele Menschen aber weiter auf Kraftfahrzeuge angewiesen. Gerade im ländlichen Raum sind sie oft unverzichtbar. Hier wollen wir durch den Zubau von Ladestationen die Nutzung von Elektrofahrzeugen attraktiver machen. Diese lassen sich auch mit Hilfe von Photovoltaikanlagen umweltfreundlich nachladen. Auch bei einer Verbesserung der Ladeinfrastruktur wird es weiterhin Bereiche geben, in denen ein Antrieb mit Verbrennungsmotoren notwendig ist. Hier wollen wir die in Schwaben ansässigen Unternehmen weiter unterstützen, in der Entwicklung emissionsarmer Motoren, die auch in der Lage sind, alternative Kraftstoffe wie Wasserstoff, Methanol oder Biodiesel zu nutzen. Bei allem Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs bleibt auch in Zukunft – gerade in ländlichen Regionen – immer noch das Auto eines der wichtigsten Fortbewegungsmittel. Um die Umwelt zu schonen, müssen die ökologischen Anforderungen an Fahrzeuge höher werden. Gerade Schwaben kann sich in diesem Bereich als Hightech-Standort für Forschung und Entwicklung weiter gut positionieren. Ziel ist es, sparsame und klimafreundliche Motoren weiterzuentwickeln und das Tankstellennetz für alternative Antriebsformen, wie Erdgas (Biogas) oder Strom, deutlich auszubauen. Beim zukunftsweisenden Elektroantrieb ist eine höhere Speicherkapazität der Batterien zwingend notwendig, um die Reichweite zu erhöhen. Gleichzeitig ist Wert auf Strom durch erneuerbare Energien zu legen. Ein Zusammenspiel aller Fortbewegungsmittel sollte am Ende Komfort, Individualität, Klimaschutz, Pünktlichkeit und Sicherheit vereinen. Elektroautos können im Übrigen auch grundsätzlich als Energiespeicher dienen.

5.3. Aktiver Schutz von Umwelt und Natur

Schutz von Umwelt und Natur sind keine Luxusaufgaben. Im Gegenteil: Verantwortungsvolle Umweltpolitik erfordert kontinuierliches und konsequentes Handeln. Wir bekennen uns klar zu den europäischen und deutschen Klimaschutzziele.

Nach Meinung von Klimaforschern werden sich auch in Bayern die extremen Hochwasser- und Trockenperioden häufen. Nachhaltiger Hochwasserschutz bedarf verstärkt Maßnahmen zum Wasserrückhalt und angepasster Landnutzungskonzepte. Diese Maßnahmen sind meist nicht nur billiger als der bisher priorisierte technische

Hochwasserschutz, sie haben zudem positive Auswirkungen auf Boden-, Trinkwasser- und Artenschutz.

Wir unterstützen die Aktivitäten zum Erhalt der Artenvielfalt auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene wie die Fauna-Flora-Habitat (FFH)-Richtlinie und die Biodiversitätsstrategien.

Wir fordern die konsequente Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) für die Schaffung des guten ökologischen Zustandes aller unserer Gewässer durch Renaturierungsmaßnahmen.

Gewässerentwicklungskonzepte wie Licca liber – der freie Lech – sind vorbildlich und dürfen nicht durch den Bau eines Wasserkraftwerks im letzten unverbauten Abschnitt des Lechs bei Augsburg konterkariert werden.

Naturschutz ist Biotopschutz. Der erschreckende Rückgang von Wiesenbrütern, aber auch von zahlreichen Niederwildarten ist ein Beispiel dafür, dass wir in der Agrarpolitik die Belange des Umwelt- und Artenschutzes noch stärker als bisher berücksichtigen müssen. Deshalb brauchen wir eine deutliche Ausweitung der Kulturlandschafts- und Vertragsnaturschutzprogramme zum Erhalt der Lebensräume und Lebensgemeinschaften unserer heimischen Tier- und Pflanzenwelt.

Dabei suchen wir den Kontakt zu den heimischen Landwirten, um gemeinsam Lösungen zu erarbeiten, die dem Umweltschutz dienen und die Arbeitsplätze in der Landwirtschaft erhalten.

Wir begrüßen ausdrücklich die neu geschaffene Wildlebensraumberatung in Bayern. Landesentwicklung und Landesentwicklungsprogramme brauchen den Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern sowie Verbänden und keine Einschränkung der Beteiligungsrechte.

Wir wenden uns gegen die geplante Lockerung des Anbindegebots von Gewerbeflächen, um den immer noch fortschreitenden Flächenfraß Einhalt zu gebieten. Bayern ist unter den Bundesländern Spitzenreiter beim Flächenverbrauch. Rund 18 Hektar Freifläche werden im Freistaat täglich in Siedlungs- und Verkehrsfläche umgewandelt – mit weitreichenden Folgen für Mensch und Natur. Bundesweit soll der Flächenfraß im Zuge der 2002 beschlossenen Nachhaltigkeitsstrategie bis 2030 auf 30 Hektar pro Tag reduziert werden. Dazu brauchen wir insbesondere in Bayern Vermeidungsstrategien, die verstärkt auf die Innenentwicklung von Ortschaften im ländlichen Raum abzielen.

6. Ein leistungsfähiges Verkehrsnetz für Schwaben

6.1. Gesicherte Mobilität

Mobilität ist ein Grundbedürfnis und Voraussetzung für Teilhabe am öffentlichen Leben, zumal in einer arbeitsteiligen Gesellschaft. Sie ist ein wesentlicher Bestandteil unseres sozialen und beruflichen Lebens. Gleichwertige Lebensbedingungen im

Freistaat müssen auch bedeuten: Gesicherte Mobilität für alle, unabhängig vom Lebensmittelpunkt. In Schwaben mit seiner hohen Zahl von Pendlern ist ein funktionierendes Verkehrsnetz für die Bürger ebenso wichtig wie für unsere Wirtschaft.

So unterschiedlich die Teilräume Schwabens sind, so unterschiedlich sind auch die Mobilitätsanforderungen der Bürgerinnen und Bürger, die dort leben. Dem Ausbau eines attraktiven und für alle bezahlbaren öffentlichen Verkehrs auf Schiene und Straße kommt eine Schlüsselstellung bei der notwendigen Umsetzung der Verkehrswende zu. Investitionen in den Ausbau des Schienen- und Straßennetzes, die Reaktivierung von Bahnhöfen und Bahnhaltepunkten gerade im ländlichen Raum und die Entlastung von Ortschaften durch den Bau von Umgehungen, gehören ebenso dazu wie der Ausbau des Radwegenetzes. Ein besonderes Augenmerk legen wir auf Personengruppen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind: Ältere und Menschen mit Behinderungen.

Die zunehmende Zahl der Pendler zwischen den einzelnen Teilräumen – auch über die Grenzen des Regierungsbezirks hinaus und insbesondere in die Region München – stellen die Verkehrsplanung vor neue Herausforderungen. Wir werden gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern Konzepte entwickeln, wie die unterschiedlichen Verkehrsträger so abgestimmt werden können, dass sie den Bedürfnissen der Menschen am besten gerecht werden. Die Verknüpfung von Individualverkehr und öffentlichem Verkehr, wie Park & Ride oder Bike & Ride sind Ansätze, die in der Region noch zu wenig genutzt werden. Um die Mitnahme von platzsparenden Rollern oder sog. E-Scootern in Zügen zu erleichtern, schlagen wir vor, den Einbau entsprechender Haltevorrichtungen zu fördern.

6.2. Klimaneutrale Mobilität

Mobilität muss künftig klimaneutral möglich sein. Deshalb wird unsere Mobilitätspolitik darauf ausgerichtet sein, jedermann klimaneutrale Mobilität zu ermöglichen und dieser den Vorrang einzuräumen. Deshalb unterstützen wir besonders den öffentlichen Verkehr, der künftig deutlich höhere Verkehrsanteile bewältigen soll, im Kurzstreckenbereich den Fußgänger- und Fahrradverkehr sowie im Güterverkehr den Schienentransport. Individualverkehr wird es selbstverständlich auch in Zukunft geben, in der Fläche ist er oftmals alternativlos; er muss aber klimaneutral erfolgen.

Klimaneutrale Mobilität wird nur funktionieren, wenn nicht nur gute und schnelle Verbindungen geschaffen werden, sondern sie auch bezahlbar ist. Mit dem Deutschlandticket ist hierfür ein guter Anfang gemacht; der muss aber auch dauerhaft gesichert und durch weitere Angebote ergänzt werden, die insgesamt der Vereinfachung der Fahrpreislandschaft dienen sollen, in dem sie durch einen attraktiven Preis und weiträumige Gültigkeit viele heutige Fahrscheine ersetzen. Wir werden darauf achten, dass weitere Tarifsüventionen vor allem einkommensschwächeren Gruppen zu Gute kommen. Wir halten insbesondere für erforderlich eine Ergänzung des Deutschlandtickets durch ein Sozialticket, ein

verbessertes Angebot für Studenten und Auszubildende sowie ein attraktives Tagesangebot (ohne Sperrzeit) für gelegentliche Fahrten („neues Bayerticket“).

Wir wollen dazu entsprechende Fördermittel und Förderprogramme auflegen, um Bahnanbindungen/Bahnverbindungen und Umweltverbundangebote auszubauen und zu verbessern. Nachdem die SPD-geführte Bundesregierung bundesweit ein 49-Euro-Ticket eingeführt hat, muss der Freistaat nun die Voraussetzungen für den Ausbau des Nahverkehrs in den Landkreisen und kreisfreien Städten schaffen.

6.3. Sicherung und Ausbau des Verkehrsnetzes

Für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Schwaben mit etwa 120 000 Auspendlern und noch vielen Pendlern innerhalb Schwabens, ist die Fortentwicklung des Verkehrsnetzes von genauso hoher Bedeutung wie für die Wirtschaft, wobei gerade auf die besondere Bedeutung der Logistik-Unternehmen und des produzierenden Gewerbes hinzuweisen ist.

Neben dem immer im Vordergrund der öffentlichen Diskussion stehenden Ausbaus der Verkehrswege, ist für uns der Erhalt der bestehenden Infrastruktur wichtig. Der Stau an Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen im Bereich der Bundes- und Staatsstraßen – hier sehr stark auch im Bereich der Brücken – aber auch bei den Schienenwegen ist beängstigend und kann nur schrittweise durch die Erhöhung der jährlichen Haushaltsmittel von Bund und Land sowie durch Sonderinvestitionsprogramme aufgelöst werden. Dafür setzen wir uns ein.

Gleiches gilt für das Angebot der Deutschen Bahn auf den Strecken in Schwaben. Eine Ausdünnung gerade der Fernverkehrsbeziehungen in Richtung Norden ist für uns inakzeptabel. Im Bereich der Verbindungen Schwabens in Richtung München, aber auch zwischen den Zentren Schwabens, setzen wir uns für verlässliche Verbindungen in den Hauptverkehrszeiten, mindestens im Stundentakt, ein.

Neben den Erhaltungsmaßnahmen und Projekten im Bereich von Ortsumgehungen, Bundes- und Staatsstraßen sind für die SchwabenSPD von besonderer überörtlicher und überregionaler Bedeutung:

- Bahnstrecke Stuttgart – Ulm – Augsburg:
Die Pläne der Bahn für einen Komplett-Neubau auf der Strecke Augsburg-Ulm sehen wir kritisch (Flächenverbrauch, Kosten, Kapazität des Augsburger Hbf). Wir fordern eine ernsthafte Prüfung reduzierter Varianten (3. Gleis entlang der Bestandsstrecke, Neubau nur auf Teilstrecken).
- Bahnstrecke München – Lindau: mehrgleisiger Ausbau der Strecke
- Elektrifizierung aller Bahnstrecken in Schwaben, prioritär die Strecke Augsburg – Buchloe. Wo es sinnvoll und machbar ist, ist der Einsatz batterieelektrischer Fahrzeuge zu prüfen.
- Bahnstrecke Augsburg – Nürnberg – Norden: Erhalt und Ausbau der bestehenden Zug-Verbindungen, 3-gleisiger Ausbau Augsburg – Donauwörth
- Modernisierung und Verbesserung der Leistungsfähigkeit bestehender Bahnstrecken

- Revitalisierung Staudenbahn / Hesselbergbahn / Romantische Schiene (Dombühl-Dinkelsbühl-Nördlingen)
- Umsetzung der regionalen S-Bahnkonzepte in den Räumen Augsburg, Ulm – Memmingen, Lindau und Allgäu-Regionalbahn
- Reaktivierung aufgelassener Bahnhalte
- Die Schwaben SPD will mehr Güter auf die Schiene bringen. Dazu müssen Gleisanschlüsse für Gewerbe und Industrie reaktiviert und neu geschaffen werden. Die Anbindung auch des Raumes Kempten an den nationalen und internationalen Schienengüterverkehr, bisher in den Systemfahrplänen des Deutschlandtakts nicht vorgesehen, muss hergestellt werden. Der gerade für kleinere Industriebetriebe wichtige Einzelwagenverkehr darf nicht sterben, sondern muss verbessert werden.
- A8 – Richtung Stuttgart: Alaufstieg
- Flugverkehr: Beteiligung des Freistaats Bayern am Allgäu Airport Memmingen

7. Handlungsfähige Kommunen in Schwaben

Wir kämpfen dafür, dass gleichwertige Lebensverhältnisse endlich Realität werden. Faire Bildungschancen, eine gute ärztliche Versorgung, die Möglichkeit zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, bezahlbarer Wohnraum oder eine zukunftsfeste Infrastruktur: Darauf haben alle Menschen in Schwaben einen Anspruch – egal ob sie in der Stadt leben oder auf dem Land. Unser Ziel ist eine Politik für Stadt und Land, solidarisch und auf Augenhöhe.

7.1. Kommunal Finanzen

Kommunen sind das Fundament unseres demokratischen Staatsaufbaus. Dieses Fundament ist jedoch an vielen Stellen aus finanziellen, strukturellen und politischen Gründen brüchig geworden. Die Kommunen haben neue Aufgaben übernommen und müssen die aktuelle Gesetzgebung umsetzen, ohne dass ihnen die notwendigen Mittel und Instrumente zur Verfügung gestellt werden. Die Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmen in Schwaben sehen in ihrer Stadt oder in ihrer Gemeinde ihren ersten Ansprechpartner und Dienstleister. Die Kommunen müssen daher stärker finanziell unterstützt werden, um ihren vielfältigen Aufgaben und Herausforderungen gerecht werden zu können.

Die Finanzen der Kommunen müssen wieder auf eine solide Basis gestellt werden; dies kann nur gelingen, wenn der kommunale Anteil am allgemeinen Steuerverbund von derzeit 12,75 Prozent schrittweise auf 15 Prozent erhöht wird. Ebenso muss der kommunale Anteil am Kfz-Steuerersatzverbund wieder auf 65 Prozent erhöht werden und auch der Kommunalanteil an der Grunderwerbssteuer muss spürbar steigen.

Damit die schwäbischen Kommunen ihre vielfältigen Aufgaben meistern können, muss im Bereich der Verwaltung bürokratische Überregulierung abgebaut werden. Die Kommunen brauchen mehr finanzielle Eigenverantwortung vor Ort und weniger Förderbürokratismus von oben. Deshalb müssen die Zahl der Förderprogramme reduziert und im Gegenzug die Investitionspauschalen erhöht werden.

Auch in Schwaben gibt es Kommunen, die ihren Haushalt nicht oder nur mit großer Mühe ausgleichen können. Für überschuldete und strukturschwache Kommunen soll durch die Einrichtung eines kommunalen Entschuldungsfonds ein Weg aus der Verschuldung ermöglicht werden; denn nur Kommunen mit einem soliden Haushalt sind auf Dauer in der Lage, ihre Aufgaben zu bewältigen und in ihre Infrastruktur zu investieren.

Bereits jetzt haben viele schwäbische Kommunen mit einem erheblichen Investitionsstau zu kämpfen. Nur durch ein breit angelegtes staatliches Strukturförderprogramm können diese Kommunen ihren Investitionsstau abbauen und verhindern, dass sich der Zustand ihrer öffentlichen Einrichtungen weiter verschlechtert.

Der Situation von Orten mit zentralörtlicher Funktion muss besondere Aufmerksamkeit gelten: Insbesondere die Großen Kreisstädte, wie Dillingen, Günzburg, Lindau, Neu-

Ulm, Nördlingen, aber auch die kreisfreien Städte Augsburg, Memmingen, Kempten und Kaufbeuren erfüllen zahlreiche Aufgaben für ihr Umland, ohne dass sie dafür einen angemessenen finanziellen Ausgleich erhalten. Das Stadt-Umland-Gefälle muss durch Änderungen im Kommunalen Finanzausgleich und verbesserte Zuschussregelungen bei Investitionen, die über eine Kommune hinaus Wirkung haben, ausgeglichen werden.

Unterschiedliche Entwicklungen zwischen prosperierenden Teilen Schwabens und strukturschwächeren Gebieten werden wir unter anderem durch gezielte Fördermaßnahmen auf der Basis von Regionalbudgets ausgleichen.

Der Bezirk Schwaben muss gleichfalls mehr staatliche Ausgleichsmittel erhalten, um durch eine Reduzierung der Bezirksumlage die Kreise und Kommunen entlasten zu können.

7.2. Kommunale Daseinsvorsorge

Die kommunale Daseinsvorsorge (Energie- und Wasserversorgung sowie Abwasserbeseitigung, Verkehrs- und Beförderungswesen, ÖPNV, Bildungs- und Kultureinrichtungen, Krankenhäuser, Feuerwehr, Friedhöfe, Schwimmbäder etc.) ist eine wichtige Aufgabe für unsere schwäbischen Kommunen. Privatisierungen haben oftmals nicht die von einigen erwarteten Vorteile erbracht – schon gar nicht für die Bürgerinnen und Bürger. Finanzielle Vorteile für die Kommunen waren oft nur von kurzer Dauer. Wir unterstützen daher Bemühungen, Aufgaben der Daseinsvorsorge zu rekommunalisieren.

Das bewährte System der kommunalen Daseinsvorsorge darf nicht durch weitere Liberalisierungswünsche auf EU-Ebene aufgeweicht oder durch Freihandelsabkommen bedroht werden.

Die Kommunen müssen bei der Erbringung der Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge unterstützt werden. Wir halten daher eine Stärkung der Ämter für ländliche Entwicklung für sehr wichtig, damit der ländliche Raum in Schwaben nicht den Anschluss verliert. Der Freistaat Bayern muss entgegen den Entwicklungen der letzten Jahre wieder mehr Personal- und Finanzmittel für diese Ämter zur Verfügung stellen.

Bewährte Programme zur Dorferneuerung und die integrierte ländliche Entwicklung müssen ebenso fortgeführt und aufgestockt werden wie die Städtebauförderung.

7.3. Städtebauförderung

Unsere Innenstädte befinden sich nicht erst seit der Corona-Pandemie im Wandel. Um die Handlungsfähigkeit der Kommunen zu stützen und kostenintensive Veränderungen im Stadtbild zu unterstützen, ist das Instrument der Städtebauförderung als Querschnittsauftrag von Bund und Ländern für unsere schwäbischen Städte, Märkte und Gemeinden ein unverzichtbarer Motor der Stadtentwicklung.

Nicht allein die optische Aufwertung ganzer Quartiere steht für uns im Fokus, sondern auch die Herausforderungen durch den Wandel der Einzelhandelsstrukturen und die Änderung des Freizeitverhalten der Menschen sowie die Notwendigkeit des Abbaus von Barrieren in physischer, ethnischer und demographischer Hinsicht.

Insbesondere die Aufgaben der Integration breiter Schichten in unsere kommunale Bürgerschaft brauchen staatliche Hilfe. Die neu zugeschnittenen Programme in Nachfolge der Sozialen Stadt sind hier genau richtig. Auch bei der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum brauchen die Kommunen und kommunalen Wohnungsgesellschaften mehr Unterstützung durch Bund und Freistaat.

7.4. Europäische Fördertöpfe

Schwaben ist vielseitig und reich an Talenten, dennoch liegt es in seinem ökonomischen Output lediglich im Mittelfeld europäischer Regionen. Uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten liegt es am Herzen, weitere Entwicklungsperspektiven zu schaffen und uns den Herausforderungen in Umwelt, Landwirtschaft, Wirtschaft, Sozialem, aber auch Wissenschaft und Technologie zu stellen und in unserer Region umzusetzen.

Hierbei helfen auch europäische Förderprogramme und EU-Finanzhilfen. Ziel der Kohäsions- und Strukturpolitik als einer der zentralen Politikbereiche der Europäischen Union ist der Abbau der Ungleichheiten zwischen einzelnen Regionen, auch innerhalb Schwabens. Auch wenn es die CSU gerne verschleiert, dass nicht sie finanzielle Mittel in Bayern bereitstellt, sondern diese direkt aus europäischen Töpfen in die Regionen kommen, so begrüßen wir dennoch die Mittel aus den europäischen Strukturfonds, die direkt nach Schwaben fließen. Die Strukturfonds stärken den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt und sollen regionale Ungleichgewichte zwischen europäischen Regionen abbauen. Insbesondere über den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) und den Europäischen Sozialfonds Plus (ESF Plus) fließt ein großer Teil der Fördermittel unmittelbar in Investitionen für Wachstum und Beschäftigung, auch hier in Schwaben. Wir als SPD setzen uns auf Landesebene dafür ein, dass Gelder aus den europäischen Strukturfonds nach Schwaben fließen, um Wachstum und wirtschaftlichen Aufschwung auszubauen und zu sichern, die Infrastruktur weiterzuentwickeln und die Umwelt zu schützen. Hierzu ist sicherzustellen, dass auch ausreichend Finanzmittel zur Kofinanzierung zur Verfügung stehen.

Damit sichern wir ein zukunftsorientiertes Schwaben für unsere Bürgerinnen und Bürger!

8. Schwaben in Bayern, Deutschland und Europa

Aufgrund der geografischen Lage Schwabens in Bayern, Deutschland und Europa sind für uns grenz- und länderübergreifende Kontakte und Netzwerke von entscheidender Bedeutung.

Die Zusammenarbeit mit Tirol, Vorarlberg, Baden-Württemberg und den Schweizer Bodensee-Kantonen ist daher zu verstärken, gerade im Hinblick auf die Themen Verkehr, Umwelt- und Naturschutz, Energiepolitik und Tourismus. Aus diesem Grund forciert die SchwabenSPD auch die EU-Alpenraumstrategie, eine Initiative der Regionen des Alpenraums, um unter anderem nachhaltiges und sozial-gerechtes Wachstum sowie ökologische Mobilität und Innovation zu fördern. Weitere Herausforderungen sieht die Alpenkonvention in wirtschaftlicher Globalisierung, demographischen Trends – allen voran die Bevölkerungsalterung – sowie neuen Immigrationsmodellen und dem Klimawandel. Eine überregionale Alpenstrategie bietet die Verstärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in den Alpenstaaten sowie die Möglichkeit, gemeinsamen Ziele zu identifizieren und diese durch länderübergreifende Zusammenarbeit effektiver auszugestalten. Wir werden uns dafür einsetzen, dass hierfür Finanzhilfen aus Brüssel und insbesondere dem ESI (Europäischen Investitionsfonds) abgerufen werden.

Schwaben ist ein vielfältiger, bunter Bezirk. Für uns ist es Aufgabe und Herausforderung – getreu dem Motto: Nur wer sich ändert, bleibt sich treu – diese Vielfalt zu gestalten und zu erhalten. Mit unserem Programm „Schwaben 2030“ legen wir ein Konzept vor, wie wir als SchwabenSPD uns das gesellschaftliche Zusammenleben in Schwaben vorstellen und welche besonderen Aufgaben wir für die kommenden Jahre sehen. Wir wollen damit dem Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse näherkommen. Wir ermöglichen den schwäbischen Bürgerinnen und Bürgern sozialverantwortliche Teilhabe. Dafür haben wir mit dem vorliegenden Papier viele Bereiche beleuchtet. Mit konkreten Vorschlägen gehen wir nun in die weitere Diskussion und in die tägliche politische Arbeit. Zusammen werden wir unsere schwäbische Heimat weiterentwickeln, damit sich alle gesellschaftlichen Gruppen vom Säugling bis zum Greis, egal welches Geschlecht, mit oder ohne Beeinträchtigung, arm oder reich in Schwaben zu Hause fühlen können und gerne hier leben.

Denn wir – die SchwabenSPD – gestalten Schwabens starke Seiten.